

Anton Bösl **Parlament s-** **wahlen in Zimbabwe**

Das Jahr 2000 wird in der Geschichte Zimbabwes einen besonderen Platz einnehmen. Dies liegt vor allem an dem plötzlichen und völlig unerwarteten Kippen der politischen Situation durch ein Referendum und die Parlamentswahl. Als Ergebnis eines Transformationsprozesses, der alle Teile der Gesellschaft einbezog, wurde sich die Mehrheit der Bevölkerung ihrer realen Möglichkeit bewusst, das Schicksal des eigenen Landes konstruktiv mitgestalten zu können. Der Versuch einer Abwahl von Mugabes Kleptokratie, die das Land an den Rand des wirtschaftlichen Kollaps gebracht hat, hinterließ eine völlig veränderte politische Landschaft. Erstmals gibt es eine ernstzunehmende Opposition im Parlament. Trotz anhaltender Repressionen versprengen zivilgesellschaftliche Gruppen etwas mehr Handlungsspielraum. Ihre Arbeit, gerade im Bereich politischer Bildung, Menschenrechte, Pressefreiheit usw., wird zunehmend wichtig für die Konsolidierung der fragilen Demokratie. Hierfür benützt und verdient Zimbabwe internationale Unterstützung. Der eigene zivilgesellschaftliche Einsatz und blutige Tribut für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit war sehr hoch. Doch nach dieser Wahl befindet sich Zimbabwe nach vielen Jahren fast totalitärer Herrschaft in einem irreversiblen Prozess, bei dem die Ereignisse der kommenden Monate von entscheidender Bedeutung sein werden.

Am 24. und 25. Juni 2000 waren 4,1 Millionen Zimbabwer aufgerufen, nach fünf Jahren ein neues Parlament zu wählen. Das vorläufige Endergebnis der von 49,4 Prozent Beteiligung gekennzeichneten Wahl ergab 62 Sitze für die seit 1980 regierende sozialistische Einheitspartei Zanu-PF (Zimbabwe African National Union – Patriotic Front), einen Sitz für die nur regional agierende Splitterpartei Zanu (Ndonga) und 57 Sitze für die erst im September letzten Jahres gegründete Partei MDC (Movement for Democratic Change). Präsident Robert Mugabe, dessen Amtszeit erst 2002 endet, kann laut Verfassung 20 weitere Parlamentarier benennen. Diese setzen sich aus den acht von ihm eingesetzten Provinzgouverneuren und weiteren zwölf von ihm persönlich zu ernennenden Personen zusammen. Der Rat der traditionellen Führer entsendet ferner zehn (vom Präsidenten zu bestätigende) Vertreter in das insgesamt 150 Abgeordnete umfassende Parlament.

Das parlamentarische Repräsentationsprinzip Zimbabwes folgt einem (an das britische Modell angelehnten) Mehrheitswahlrecht; demnach genügt die einfache Mehrheit in einem Wahlkreis für ein parlamentarisches Mandat. Gravierende Stimmenunterschiede in den Wahlkreisen, die auf nationaler Ebene zu einer Disproportion von Stimmen- und Mandatsanteil führen können, schlagen sich somit nicht auf die Zusammensetzung des Einkammer-Parlamentes nieder. So haben bei dieser Wahl die Oppositionsparteien insgesamt auch mehr Stimmen (51,4 Prozent) erhalten als Zanu-PF (48,6 Prozent), sind jedoch mit vier Sitzen weniger im Parlament vertreten.¹⁾ In einem stimmenbasierten Verhältniswahlrecht hätten die

Oppositionsparteien mehr Sitze als Zanu-PF, die nun die neue Regierung bildet. In oppositionellen Kreisen wurde daher die Forderung nach einem neuen Wahlrecht mit mehr proportionaler Repräsentation deutlich artikuliert.

Bereits im Vorfeld der Wahlen überzog eine Welle politisch motivierter Gewalt das Land, die offizielle Beobachter zu dem Ergebnis kommen ließen, dass diese Wahlen nicht als frei und fair bezeichnet werden können. Hintergrund hierfür war die Furcht der Regierung, nach dem verlorenen Verfassungsreferendum vom Februar dieses Jahres auch die Parlamentswahl zu verlieren. In diesem Referendum sollte über den Ersatz der seit 1980 gültigen, in vielen Aspekten bereits veränderten Lancaster House-Verfassung abgestimmt werden. Eine von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen getragene überparteiliche National Constitutional Assembly (NCA) hatte hierzu nach mehrjähriger Arbeit einen Vorschlag eingebracht, dem die Regierung kurzerhand einen eigenen entgegengesetzte. Die von der Regierung eingesetzte Constitutional Commission (CC), die aus vom Präsidenten handverlesenen Mitgliedern (überwiegend aus der Zanu-PF) bestand, sollte einen separaten Vorschlag erarbeiten, zu dem allerdings weder alternative politische Stimmen gehört noch der Rat der seit drei Jahren arbeitenden NCA eingeholt wurde. Trotz Kritik und einiger Proteste aus den eigenen Reihen legte die Regierung im Februar ihren Verfassungsentwurf in einem Referendum der Bevölkerung zur Abstimmung vor. Präsident Mugabe hatte sich vorbehalten, kurzfristig eine Klausel einzubauen, wonach das Farmland, das überwiegend in der Hand der weißen Großfarmer ist, ohne Entschädigung zwangseignet werden kann. Mugabe hatte gedacht, er könne mit der Landfrage das Referendum gewinnen; schließlich hatte er regelmäßig vor Wahlen die Enteignung der Großfarmen und die gerechte Verteilung von Land thematisiert – jedoch ohne es schließlich umzusetzen.²⁾ Diesmal indessen ging seine Strategie nicht auf. Mit 55 Prozent Nein-Stimmen wurde der von ihm eingebrachte Vorschlag am 14./15. Februar abgewählt und der Mythos zerstört, Mugabe sei unbesiegbar.³⁾ Trotz dieses eindeutigen Votums hat die Regierung mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit von exakt 100 Stimmen am

- 1) Bei der Parlamentswahl 1990 hatte das Zimbabwe Unity Movement (ZUM) 17 Prozent der Stimmen gewonnen, war aber lediglich mit drei Sitzen im Parlament vertreten, was 2,5 Prozent der 120 Sitze entspricht.
- 2) Zwar plante die Regierung 1990, 162 000 Familien auf 8,3 Millionen Hektaren neu anzusiedeln. Das ambitionierte Programm, bei dem schließlich 71 000 Familien umgesiedelt worden sind, musste trotz massiver britischer Unterstützung aus Geldmangel (aufgrund von Korruption und Inkompetenz) eingestellt werden. Zahlreiche Minister hatten damals Großfarmen „erworben“, die heute großteils brach liegen.
- 3) Hintergrundinformationen zum Referendum bietet der Artikel von Thoko Matshe; „Just say no“, in: *Africa Insight*, May 2000, 20-25.

6. April die entschädigungslose Enteignung von Großfarmen im Parlament beschlossen und in die Verfassung aufgenommen.

Das negative Omen für die anstehenden Parlamentswahlen veranlasste allerdings die Zanu-PF-Regierung, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um an der Macht zu bleiben. Schließlich entwickelte sich in der erst im September 1999 gegründeten MDC ein ernstzunehmender politischer Gegner, der als Alternative zur seit 20 Jahren an der Macht befindlichen Zanu-PF eine breite Unterstützung der Zivilgesellschaft, vor allem in den Städten, fand.

Was sich in den Monaten zwischen Referendum und Parlamentswahl in Zimbabwe abspielte, hatte mit demokratischer Kultur wenig gemein, sondern offenbarte die verzweifelte Situation einer in weiten Teilen korrumpierten Partei, die vor nichts zurückzuschrecken schien.

Da die Wahlbeteiligung am Referendum relativ schwach (31 Prozent) und überwiegend von der Stadtbevölkerung geprägt war, die überwiegende Mehrheit der Zimbabweer (ca. 65 Prozent) jedoch auf dem Land lebt, hatte die regierende Zanu-PF die Verteilung des fruchtbaren Farmlandes zum zentralen Wahlkampfthema, vor allem in den ländlichen Gebieten, gemacht.⁴⁾

4) Zimbabwes Landfläche umfasst insgesamt ca. 39 Millionen Hektar. Davon sind ca. elf Millionen Hektar des fruchtbarsten Landes im Besitz von 4500 weißen Großfarmern und 16,4 Millionen Hektar (meist weniger ertragreiches Land) ist Gemeinschaftsbesitz schwarzer Kleinbauern. 4,9 Millionen Hektar sind im Übrigen Parklandschaften.

So kam es zu systematisch gesteuerten, illegalen Farmbesetzungen durch (angebliche) Veteranen des Befreiungskrieges (1972-1979). Diese meist jugendlichen *war veterans*, die unter der Führung von Chenjerai Hunzvi stehen, der sich selbst den Beinamen „Hitler“ gegeben hat, geben vor, lediglich Anweisungen des Präsidenten zu akzeptieren. Die Commercial Farmers Union registrierte kurz vor der Wahl ca. 2000 *war veterans*, die 1631 Farmen besetzten, 33 Prozent davon zum Teil äußerst gewaltsam, nur 45 Prozent friedlich.

Fünf weiße Farmer, die in einigen Fällen Schlüsselpositionen in der MDC ihrer Region innehatten, sowie 26 schwarze Anhänger der Opposition (bzw. Verwandte von Parlamentskandidaten) wurden ermordet, zahlreiche Kandidaten von MDC mussten sich aufgrund von Morddrohungen verstecken. Selbst der damals noch amtierende Justizminister bedrohte seinen Gegenkandidaten öffentlich mit dem Tod. Er entkam (wie einige andere von Ermor-

dung bedrohte Parlamentskandidaten von MDC) nur knapp einem Attentat. Vergewaltigungen von vermeintlichen Sympathisantinnen von MDC oder den Angehörigen ihrer Kandidaten und nächtliche kollektive Umerziehungsmaßnahmen von Farmarbeitern und Folter (Elektroschocks) gehörten ebenso in das Repertoire einer Clique, die mit allen Mitteln um ihr politisches Überleben kämpft, wie die Zerstörung von Privateigentum. Der Sachschaden wird auf über 100 Millionen US-Dollar beziffert. Die zur Hilfe gerufene Polizei hat trotz des hohen Maßes an Gewalt gerade auf den Farmen in den seltensten Fällen eingegriffen, sondern kam entweder gar nicht, offensichtlich bewusst viel zu spät oder hat toleriert, wie Menschenrechtsverletzungen, bis hin zu Mord, begangen wurden.⁵⁾ Ein Polizist, der den vermeintlichen Mörder eines weißen Farmers festgenommen und inhaftiert hatte, wurde kurz darauf von einem *war veteran* ermordet.⁶⁾ Präsident Mugabe bezeichnete die gewaltsamen Landbesetzungen durch die *war veterans* als nicht von ihm angeordnet, hielt sie aber, sofern sie friedlich waren, für eine Demonstration gegen die ungerechte Verteilung des Landes. Die brutalen Ausschreitungen seien vielmehr eine Initiative der Farmarbeiter, die die *war veterans* provozieren wollten.⁷⁾ Die weißen Farmer erklärte er vor laufender Fernsehkamera schließlich zu Staatsfeinden.⁸⁾ Eine renommierte Menschenrechtsorganisation beziffert die Vorfälle politisch motivierter Gewalt vor den Wahlen auf 5078, wobei 86 Prozent von Anhängern der Zanu-PF (einschließlich *war veterans*), sechs Prozent von Regierungsangestellten und 4,3 Prozent von Sympathisanten der MDC verübt worden seien. Bezeichnenderweise befindet sich unter den Ermordeten kein Zanu-PF-Anhänger.⁹⁾

In diesem Klima von Angst, Gewalt und Einschüchterung war es der Opposition, vor allem auf dem Lande, fast unmöglich, öffentliche Wahlkundgebungen zu veranstalten. Der Zugang zu den elektronischen Medien war ihr verwehrt. Dagegen nutzte die Regierung die staatlich monopolisierten Radio- und Fernsehanstalten als ihre Propagandaorgane.

Die unmittelbaren staatlichen Vorbereitungen auf die Wahl waren durch zahlreiche Vorfälle gekennzeichnet. So wurden die Wahlkreise neu zugeschnitten, wobei den städtischen Wahlkreisen (wie Har-

5) Vgl. hierzu den Bericht des Zimbabwe Human Rights NGO Forum mit dem Titel *The Unleashing of Violence: A report on political violence in Zimbabwe as at 15 May 2000*, Harare 2000, 7.

6) Vgl. ebd. 22f.

7) Vgl. *Daily News* vom 29. März 2000.

8) Die *Daily News* vom 19. April 2000 zitiert den Präsidenten: „Our present state of mind is that the white farmers are the enemy of the State of Zimbabwe. We are full of anger. Our entire community is angry.“

9) Vgl. *The Unleashing of Violence*, 44.

are), in denen man eine starke Oppositionsbewegung erwartete, ländliche Gebiete, die traditionell Zanu-PF wählten, zugeschlagen wurden. Ferner gab es bei der Wählerregistrierung zahlreiche Pannen bzw. gezielt verübte Eingriffe. So waren in einigen Wahlkreisen ganze Jahrgänge von jungen Wählern, die überwiegend MDC wählten, nicht registriert. Personen, die keine Zanu-PF-Mitgliedskarte besaßen, wurde die Registrierung teilweise verweigert. Dagegen befanden sich laut Bericht der UN-Electoral Assistance Mission zwischen zehn und 25 Prozent Verstorbene im Register. Viele Personen wurden neuen Wahlkreisen zugeordnet und konnten nicht mehr rechtzeitig zum richtigen Wahllokal gehen. Allein aufgrund von Nicht- bzw. Falschregistrierungen konnten zehn bis 16 Prozent der Wahlberechtigten schließlich ihre Stimme nicht abgeben. Prekärerweise fanden sich weder der Innenminister noch sein Herausforderer am Wahltag im Wählerregister und mussten sich nachregistrieren lassen. Darüber hinaus wurden ca. 5000 Briefwahlunterlagen an in der DR Kongo stationierte Soldaten gesandt, die diese gar nicht beantragt hatten. Das Ergebnis der Briefwahl wurde mittlerweile offiziell annulliert.

Das von staatlichen (bzw. regierungsnahen) Stellen koordinierte Akkreditierungsverfahren von Wahlbeobachtern stellte zudem einen Verstoß gegen internationale Modalitäten dar. Es war zum einen durch administrative Inkompetenz, zum anderen durch den vorsätzlichen Versuch geprägt, eine effektive Durchführung von Wahlbeobachtung zu vereiteln.¹⁰ Hierzu gehört das Dekret des Präsidenten, die Verantwortung für die Akkreditierung an eine ihm opportune Stelle zu übertragen (die schon vorher für die inadäquate Wählerregistrierung verantwortlich war) sowie formale Eignungskriterien zu formulieren. Die UN Electoral Assistance Mission reiste ebenso unter Protest zurück wie hochrangige Wahlbeobachter der amerikanischen Einrichtungen National Democratic Institute (NDI) und International Republican Institute (IRI), die keine Akkreditierung erhielten.¹¹ Neben 17 afrikanischen Beobachtern, da (angeblich) von Großbritannien finanziert, wurden insgesamt 216 weiteren internationalen Wahlbeobachtern von Nicht-regierungsorganisationen die Akkreditierung verweigert, die laut regierungsnaher Tagespresse Verbin-

10) Vgl. den im Internet veröffentlichten „Report of the EU Election Observation Mission on the Parliamentary Elections which took place in Zimbabwe on 24th and 25th June 2000“.

11) Im NDI-Bericht der Vorwahl-Delegation heißt es daher: „The conditions for credible democratic elections do not exist in Zimbabwe at this time.“ *Zimbabwe Parliamentary Elections 2000, Report of the NDI Pre-Election Delegation May 15 –22, 2000, 9.*

dungen zu Großbritannien hatten, zu kirchlichen Organisationen, den Gewerkschaften, der Botschaft der USA, NDI, IRI oder zu deutschen politischen Stiftungen.¹²⁾ Am Vorabend der Wahl wurden schließlich doch Wahlbeobachter akkreditiert, die allerdings nur mehr wenige der 4000 überwiegend auf dem Land gelegenen Wahllokale erreichen konnten. Insgesamt sind neben 400 internationalen auch 24 600 lokale Wahlbeobachter, die von der Regierung bezahlt werden sollten, von der staatlichen Electoral Supervisory Commission und anderen zivilen Organisationen ausgebildet worden.¹³⁾ Zuletzt war es aber nur zwei Monitoren pro Lokal erlaubt, die Wahl zu beobachten. Ca. 16 000 (überwiegend aus Mitteln internationaler Nichtregierungsorganisationen) ausgebildete Beobachter wurden entweder nicht akkreditiert oder wurden trotz Akkreditierung an den Wahllokalen abgewiesen.

Die Wahl selbst verlief nach übereinstimmenden Aussagen zahlreicher Beobachter in friedlicher Atmosphäre. In zum Teil mehrere hundert Meter langen Schlangen warteten die Wahlberechtigten gerade am ersten der beiden Wahltage geduldig auf die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben.

Von 5 049 815 registrierten Wählern haben 2 493 925, also 49,38 Prozent, ihre Stimme abgegeben. Es traten 566 Kandidaten für 15 Parteien bzw. als Unabhängige an. Das noch vorläufige amtliche Endergebnis lautet:

Partei	Stimmen	Prozent	Mandate
Unabhängige Kandidaten	48 565	2,1	0
Labour Party	1086	0,0	0
Movement for Democratic Change	1 171 051	47,3	57
National Democratic Union	164	0,0	0
Popular Democratic Front	90	0,0	0
United Parties	15 186	0,6	0
Zanu - Ndonga	17 629	0,7	1
Zanu-PF	1 212 302	48,6	62
Zimbabwe African People's Union	9882	0,4	0
Zimbabwe Congress Party	16	0,0	0
Zimbabwe Integrated Party	5342	0,2	0
Zimbabwe Progressive Party	62	0,0	0
Zimbabwe Union of Democrats	6426	0,3	0
Liberty Party of Zimbabwe	794	0,0	0

12) Vgl. *The Herald*, 20.6.2000 (Titelseite).

13) Nunmehr weigert sich die Regierung, mehr als einen Beobachter pro Wahlkreis (120) zu finanzieren. Vgl. *Zimbabwe Election Update*, No. 2, 24. June 2000, 2.

Signifikant am Wahlergebnis ist, dass die beiden größten Städte Harare und Bulawayo sowie fast das gesamte Matabeleland, also der Westen Zimbabwes, an den MDC fielen. Demgegenüber konnte sich Zanu-PF in den restlichen, fast ausschließlich ländlichen Gebieten behaupten.

Das Wahlergebnis nach Provinzen des Landes (einschließlich Harare und Bulawayo) differenziert, das nochmals verdeutlicht, dass das Mehrheitswahlrecht zu einer starken Disproportionalität von Stimmen und Sitzen geführt hat, lautet:¹⁴⁾

14) Der Einfachheit halber wurde auf die Stimmen der kleinen Parteien und unabhängigen Kandidaten in dieser Übersicht verzichtet.

15) Vgl. nochmals den „Report of the EU Election Observation Mission“.

Provinz:	Zanu-PF	%	Sitze	MDC	%	Sitze
Mashonaland West	153 167	63,7	10	78 823	32,8	2
Mashonaland East	196 157	72,6	11	65 017	24,0	1
Mashonaland Central	188 967	78,6	10	47 587	19,8	0
Midlands	193 736	56,9	11	126 058	37,0	5
Matabeleland South	56 165	36,3	2	91 747	59,3	6
Matabeleland North	30 062	21,0	0	105 492	73,6	7
Manicaland	123 394	46,3	6	125 808	47,2	7
Masvingo	163 018	58,9	12	92 088	33,2	2
Bulawayo	22 350	13,1	0	142 379	83,6	0
Harare	85 286	21,9	0	292 052	75,9	19

Wurde die Durchführung der Wahl selbst von den meisten Wahlbeobachtern als internationalen Standards entsprechend bezeichnet, fielen die Reaktionen auf die politische Beurteilung der Wahl (vor allem wegen der Vor-Wahl-Phase) unterschiedlich aus. So beschränkten sich Vertreter der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) und der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) darauf, die Durchführung der Wahl zu loben und die Demokratiefähigkeit Zimbabwes zu betonen. Dagegen wies vor allem die EU-Wahlbeobachter-Mission auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, insbesondere durch Zanu-PF-Anhänger, hin und verurteilte in aller Deutlichkeit das hohe Maß an Gewalt, Zwang und Einschüchterung im Vorfeld der Wahl und bezeichnete die Wahl daher als nicht frei und fair.¹⁵⁾ Ohne den Terror im Vorfeld wäre denn auch das Wahlergebnis für MDC deutlich besser ausgefallen.

Nichtsdestoweniger haben offizielle Vertreter von Zanu-PF und MDC das Ergebnis grosso modo angenommen. Allerdings wird es aufgrund von zahlreichen offensichtlichen Unregelmäßigkeiten in 37 Wahlkreisen von MDC angefochten und derzeit neu ausgezählt.

Bemerkenswert am Ergebnis ist, dass außer den beiden in allen 120 Wahlkreisen vertretenen Parteien Zanu-PF und MDC lediglich die nur regional agierende Partei Zanu-Ndonga einen Sitz im Parlament errungen hat. Interessant ist ferner, dass die neben Zanu-Ndonga einzige Oppositionskraft des letzten Parlaments, die Zimbabwe Union of Democrats (ZUD), nicht mehr vertreten ist. Die Partei, die laut eigenen Aussagen ca. 9000 Mitglieder hat, wurde mit nur 6426 Stimmen gewählt. Die Vorsitzende von ZUD, Margaret Dongo, eine ehemalige Zanu-PF-Abgeordnete, war zuletzt die einzige Parlamentarierin, die als Sprachrohr einer kritischen Bevölkerungsgruppe sich mutig mit der Regierung auseinandergesetzt hat. Allerdings hatte sie sich trotz verschiedener Bemühungen weder auf ein Wahlbündnis mit anderen Parteien noch auf ein Angebot von MDC eingelassen, sondern ging davon aus, dass sie in ca. 70 Wahlkreisen erfolgreich sein kann. Diese eklatante Fehleinschätzung hat sie nicht nur aus dem Parlament befördert, sondern auch in ein politisches Abseits, aus dem heraus sich zu bewegen fast unmöglich scheint. Die zahlreichen unabhängigen Kandidaten sind im Übrigen zumeist Zanu-PF-Mitglieder, die bei der Nominierung unterlegen sind.

Während die Zanu-PF trotz einiger neuer Abgeordneter über ausreichende Parlamentserfahrung verfügt, müssen die neu gewählten Abgeordneten von MDC diese erst noch sammeln. Viele von ihnen sind noch sehr jung und müssen sich nun mit einer etablierten Regierungspartei auseinandersetzen. Nach den ersten Wochen des neugewählten Parlaments lassen sich allerdings neben inhaltlichen Veränderungen auch atmosphärische wahrnehmen. Selbst die regierungsnahe Presse spricht von frischem Wind im Parlament, Diskussionen werden nun kontroverser und auch lebhafter geführt. Die deutlichste inhaltliche Veränderung sind jedoch die durch das Wahlergebnis entstandenen neuen Mehrheitsverhältnisse. Denn die bisher autokratisch herrschende Zanu-PF hat die verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit verloren, die sie in den letzten 20 Jahren in 16 Fällen vor allem dazu nutzte, ihre Stellung und die Macht des Präsidenten in der Verfassung zu stärken. Allerdings hat Zanu-PF die absolute Mehrheit (fast sicher) gewonnen. Beide Parteien schienen daher mit dem Er-

gebnis relativ zufrieden zu sein: die Zanu-PF, die wieder die Regierung stellt, und die MDC, die sich als Partei zunächst auch institutionell konsolidieren kann.

Die Wahl des Parlamentssprechers hat jedoch gezeigt, dass nicht alle Mitglieder der regierenden Partei dem Vorschlag von Präsident Mugabe zugestimmt haben. Innerhalb der Partei gibt es schließlich immer mehr kritische (vor allem jüngere) Stimmen, die die alte Nomenklatura als Belastung empfinden und einen Generationenwechsel herbeiführen möchten. Die Zanu-PF-Führung wird also in Zukunft wohl kaum mehr einsame Entscheidungen im Politbüro treffen können und sie im Parlament nur mehr zur Abstimmung bringen können. Die Legislative hat in Zimbabwe eine elementare Aufwertung erfahren.

Aufgrund des Wahlergebnisses konnte Präsident Mugabe, der seit 1980 Regierungschef ist (und dieses Amt durch eine Verfassungsänderung seit 1988 mit dem des Staatspräsidenten auf sich vereinigt hat), sich selbst mit der Regierungsbildung beauftragen.

Das neue Kabinett, in der die Zahl der Minister von 28 auf 19 verkleinert wurde, sieht folgendermaßen aus:

16) Die mit „*“ gekennzeichneten Minister sind von Mugabe ernannt, nicht gewählte Parlamentarier.

Präsident	Robert Mugabe
Vizepräsident	Simon Muzenda
Vizepräsident	Joseph Msika ¹⁶⁾
Verteidigungsminister	Moven Mahachi
Innenminister	John Nkomo*
Justizminister	Patrick Chinamasa*
Außenminister	Stan Mudenge
Finanzminister	Simba Makoni*
Industrie- und Handelsminister	Nkosana Moyo*
Gesundheitsminister	Timothy Stamps*
Wissenschafts- und Technologieminister	Herbert Murewa
Bildungs- Sport- und Kultusminister	Samuel Mumbengegwi
Arbeitsminister	July Moyo*
Minister für Jugend- und Gleichstellungsfragen	Border Gezi
Minen- und Energieminister	Sydney Sekeramayi
Transport- und Kommunikationsminister	Swithun Mombeshora
Landwirtschaftsminister	Joseph Made*
Umwelt- und Tourismusminister	Francis Nhema
Minister für Lokalverwaltung	Ignatius Chombo
Ministerin für ländliche Ressourcen und Wasser	Joyce Mujuru

Johnathan Moyo* als Staatsminister für Information und Öffentlichkeitsarbeit und Nicholas Goche als Staatsminister für Sicherheit unterstehen direkt dem Präsidenten und gehören dem Kabinett im eigentlichen Sinne nicht an.

Da zwei Drittel der Minister des alten Kabinetts in ihren Wahlkreisen zum Teil deutlich (einige schon bei den Vorwahlen) unterlegen waren¹⁷⁾, Präsident Mugabe aber nur zwölf Parlamentarier ernennen kann, wurde das neue Kabinett stark umgebildet. Nur acht Minister waren im alten Kabinett vertreten, acht Minister des neuen Kabinetts sind ernannt, hatten aber zumeist auch nicht kandidiert. Nkosana Moyo, ein erfolgreicher Geschäftsmann, der weder Zanu-PF-Parteimitglied war noch ist, hatte als Unabhängiger für die Wahl kandidiert und erfuhr seine Ernennung zum Industrie- und Handelsminister über die Medien. Seine Ernennung sowie die von Joseph Made als Landwirtschaftsminister und die von Simba Makoni als Finanzminister – sie gelten als Experten bzw. Technokraten – werden als Zugeständnis an die internationale Geber-Gemeinschaft gewertet, um an Glaub- und Kreditwürdigkeit zu gewinnen. Dies ist auch dringend notwendig, da zum einen sowohl EU, IWF, Weltbank und andere Organisationen ihre Kreditzahlungen an Zimbabwe mittlerweile ausgesetzt haben, zum anderen sich das Land in seiner prekärsten Wirtschaftskrise seit seiner Unabhängigkeit befindet. Da ehemalige Minister sich öffentlich geäußert haben, dass sie ohne Mugabes Placet keine wichtigen Entscheidungen treffen dürften, steht allerdings zu befürchten, dass der notwendige Handlungsspielraum für qualifizierte Maßnahmen der neuen Minister gering ist.

Dabei ist eine kompetente Wirtschaftspolitik zwingend notwendig. Schließlich ist die ökonomische Misere des Landes nicht Ursache, sondern Konsequenz der politischen Krise. Galt das Land in den achtziger Jahren noch als Musterland mit positiver Wirtschaftsentwicklung, einem vorbildlichem Gesundheits- und Bildungssektor und einer für Afrika exzellenten wirtschaftlichen Infrastruktur, so leben nach 20 Jahren Zanu-PF-Herrschaft 68 Prozent der Zimbabweer unterhalb der Armutsgrenze. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 50 Prozent, wobei der Großteil der Bevölkerung (75 Prozent) im informellen Sektor tätig ist und statistisch nicht exakt erfasst wird. Allein seit Jahresbeginn sind 55 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die derzeitige Inflationsrate liegt bei 60 Prozent. Aufgrund der Landbesetzungen wurde der agrarische Sektor, der das Rückgrad der

17) So unterlagen der Justizminister (Emmerson Munangagwa), der zum Parlamentssprecher ernannt worden ist. Aus dem Parlament ausgeschieden sind der Minister für Minen, Umwelt und Tourismus (Simon Moyo), die Ministerin für Arbeit und Soziales (Florence Chiatauro), der Innenminister (Dumiso Dabengwa), die Ministerin für nationale Angelegenheiten (Thenjiwe Lisabe) sowie die beiden Staatsminister im Präsidialamt (Oppah Muchinguri und Cephas Msipa).

Wirtschaft darstellt, empfindlich getroffen. 20 Prozent des BIP werden schließlich unmittelbar durch die Landwirtschaft, weitere 60 Prozent durch agrobasierte Industrien erwirtschaftet. Der zweitwichtigste Devisenbringer nach Tabak, der 30 bis 40 Prozent aller Devisen ins Land bringt, der Tourismus, mit 2,3 Millionen Besuchern 1999 (fünf Prozent des BIP) ist durch teilweise anarchische Zustände auf dem Land und durch entsprechende Reisewarnungen verschiedener Botschaften (auch der deutschen) fast zum Erliegen gekommen. Da Devisen aufgrund der kollabierten Exportwirtschaft Mangelware sind, kann das Land weder ausreichend Treibstoff und Elektrizität noch für die Produktion notwendige Güter oder Ersatzteile importieren. Der Bergbau, in dem 46 000 Menschen arbeiten, ist zum Stillstand gekommen, die meisten Minen mussten schließen.

Vor allem durch die 11 000 Soldaten starke Beteiligung an der sogenannten friedensstiftenden Maßnahme, dem Krieg in der Demokratischen Republik Kongo, die Zimbabwe täglich über eine Million US-Dollar kostet, ist das geplante Haushaltsdefizit von 3,8 Prozent inzwischen auf ca. 15 Prozent des BIP gestiegen. Hinzu kommt, dass Zimbabwe aufgrund von grassierender Korruption und Devisenknappheit seine Rechnungen für Strom, den es überwiegend aus Südafrika, Mosambik und Sambia bezieht, und für Rohöl nicht mehr bezahlen kann. Es kommt zu Versorgungsengpässen und Rationierungen, die den Standort Zimbabwe für ausländische Investoren wenig interessant machen. Private ausländische Direktinvestitionen sind daher in Zimbabwe rückläufig. Die nationale Zentralbank rechnet mit einem Nettokapitalabfluss von 200 Millionen US-Dollar für das Jahr 2000.

Beschleunigt wird dieser Prozess der Deinvestition durch ein von der Regierung aufgelegtes Landverteilungsprogramm, bei dem inzwischen 3270 Farmen identifiziert worden sind, die trotz internationaler Proteste ohne Entschädigung zwangsenteignet werden sollen. 150 000 Familien sollen bis 2008 auf fünf Millionen Hektar (von insgesamt elf Millionen Hektar) fruchtbarem Land, das derzeit von weißen Farmern bewirtschaftet wird, angesiedelt werden. Dass die künftigen, meist ungelerten Farmer überwiegend Subsistenzwirtschaft betreiben

werden und dadurch die Exportwirtschaft, die notwendige Devisen ins Land bringt, paralysiert wird, scheint bei dem populistischen Programm (mit rassistischen Untertönen) ebenso außer Acht gelassen zu werden wie die Tatsache, dass von den 350 000 Arbeitern auf den Großfarmen 240 000 arbeitslos werden. Die Politiker verschiedener Länder des südlichen Afrika, die eine ähnlich ungerechte Landverteilung wie Zimbabwe haben, fürchten bereits einen Flächenbrand, der sie in ein wirtschaftliches Chaos stürzen kann. Bei dem Kongress der SAFRI (Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft) im April diesen Jahres wurde daher auch auf die Wichtigkeit von politischer Stabilität und Rechtsstaatlichkeit hingewiesen, die gerade für Deutschland, das Zimbabwes drittgrößter Handelspartner in Afrika ist, von elementarer Bedeutung ist.

Zu all diesen negativen Wirtschaftsdaten kommt mit HIV/Aids noch ein menschliches, soziales Problem hinzu, das auch die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich tangiert. Bis 2005 werden durch Aids-Erkrankung ca. zehn Prozent der qualifizierten Arbeitskraft zerstört, 1,2 Millionen Menschen werden bis dahin an Aids gestorben sein, zehn Prozent der Bevölkerung. Derzeit sind ca. 25 Prozent der Bevölkerung Zimbabwes im reproduktiven Alter (von 15 bis 49) infiziert. Die United Nations Population Division hat für Zimbabwe kürzlich unter Fortschreibung der jetzigen Bedingungen für 2009 einen Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung, die noch 1990 bei 60 Jahren lag, auf 27 Jahre prognostiziert, die aktuelle Zahl der Aidsweisen wird auf 1,1 Millionen geschätzt. 73 Prozent der Todesfälle sind ein Ergebnis von Aids. Zimbabwe hat demnach weltweit eine der höchsten HIV-Infektionsraten.

Die wirtschaftliche Krise Zimbabwes erfordert ein schnelles politisches Eingreifen. Der neue Finanzminister hat ein auf 18 Monate angelegtes Maßnahmenpaket zur Sanierung von Zimbabwes Wirtschaft vorgestellt. Die Abwertung des Zimbabwe-Dollar um ca. 30 Prozent war dabei ein erster und notwendiger Schritt, um die seit Monaten staatlich festgelegte Rate auf ein realistischeres Niveau zu bringen, den Abfluss von Devisen zu bremsen und zu Reinvestitionen anzureizen. Die punktuelle Veränderung der

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen allein reicht jedoch nicht aus, das Land aus seiner tiefsten ökonomischen Krise zu befreien. Eine Gesetzesvorlage, die derzeit den US-Senat passiert, will die Regierung Zimbabwes zwingen, dass es die Kriterien von *good governance* einhält und eine Kurskorrektur vollzieht. So wird die Geltung von Recht und Ordnung (gerade im Hinblick auf die illegalen Landbesetzungen) gefordert, der Rückzug der Truppen aus der Demokratischen Republik Kongo und die Bereitschaft von Armee und Polizei, der gewählten Zivilregierung zu dienen. Die angedrohten Sanktionen, nämlich jegliche finanzielle Unterstützung der US-Regierung einzufrieren, sollten hierbei weiteren Druck auf die Regierung Mugabes ausüben. Diese kann ohne weitere internationale Kredite das Land, das nicht mehr alle Diplomaten im Ausland bezahlen kann und dessen Devisenvorräte für weniger als zwei Wochen Importbedarf reichen, vor dem wirtschaftlichen Kollaps kaum bewahren. Es erhält derzeit aber keine weiteren Kredite, da es schon seit April seinen Schuldendienst nicht bedienen kann. Die geschätzte Auslandsverschuldung beträgt 4,5 Milliarden US-Dollar, das sind ca. 82 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Internationale Sanktionen, unter denen in der Regel fast ausschließlich die Bevölkerung leidet, sind selten sinnvoll, um eine weitere und entscheidende politische Kurskorrektur durchzusetzen. Vielmehr muss durch politische und gesellschaftliche Gruppen Zimbabwes Druck ausgeübt werden, um sich von den ehemaligen Befreiern, die zu Verfolgern wurden, zu befreien.¹⁸⁾ Die regierende Zanu-PF, der hierbei eine Schlüsselrolle zukommen kann, scheint derzeit eine dahingehende innerparteiliche Dynamik zu entwickeln. Auch aus Selbsterhaltungstrieb wird mittlerweile offen innerhalb der Zanu-PF die Nominierung des 76-jährigen Robert Mugabe für die kommende Präsidentschaftswahl (2002) in Frage gestellt. Der entsprechende Sonderkongress der Partei im November diesen Jahres könnte durch eine Nichtnominierung beitragen, Zimbabwe aus einer internationalen Isolierung zu befreien, in die es sein Präsident auch mit undiplomatischen Äußerungen gebracht hat. Mugabe und seine Machtclique werden es Zimbabwe allerdings schwer machen, sich von sei-

18) Die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten nach der Wahl wurde von Amani Trust, einer renommierten Menschenrechtsorganisation, auf 898 beziffert, darunter sind fünf Morde, acht Vergewaltigungen, 232 schwere Körperverletzungen, 125 Entführungen und 37 Morddrohungen, darunter eine an den katholischen Bischof von Bulawayo.

nen postkolonialen Diktatoren zu befreien. Der Verlust seiner Immunität könnte für Präsident Mugabe schließlich ein ähnliches Gerichtsverfahren wie für General Pinochet nach sich ziehen. Doch die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, vor allem die Massaker im Matabeleland, bei denen in den achtziger Jahren zur Ausmerzungen der Opposition und Stärkung der Einparteienherrschaft ca. 20 000 Menschen umgebracht wurden, sind in Zimbabwe nicht vergessen.¹⁹⁾

19) Vgl. den Bericht der Catholic Commission for Justice and Peace (CCJP), *Breaking the Silence. Building The Peace. A Report on the Disturbances in Matabeleland and the Midlands 1980 to 1988*, Harare.

Das Manuskript wurde am 22. August 2000 abgeschlossen.